

Wo der internationale Handel schadet

Die stille Tragik der Haie

Von Rolf Weder

Der internationale Handel von Gütern und Dienstleistungen hat uns über die Spezialisierung einen hohen Wohlstand beschert. Er kann aber auch katastrophale Auswirkungen haben, wenn Gesellschaften beziehungsweise ihre Vertreter in der Politik die Hausaufgaben nicht machen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine Ressource frei zugänglich ist und niemand ernsthaft etwas dagegen unternimmt. Eine schnell ansteigende, grosse Nachfrage kann so innert kürzester Zeit eine erneuerbare Ressource in einem Ausmass dezimieren, dass diese in ihrer Existenz gefährdet ist. Genau genommen liegt die Schuld nicht beim Handel per se, sondern es sind die Produzenten und Konsumenten an unterschiedlichen Orten auf der Welt, die sich über den internationalen Handel zu einer unheiligen Allianz verbinden. Die Leidtragenden sind die von der Ausrottung bedrohten Tiere und Pflanzen – und, am Schluss, wir alle.

Die meisten von uns kennen Haie nur aus Kinderbüchern, Hollywoodfilmen und Fernsehserien – in der Regel als kaltblütige Räuber der Weltmeere. Ihr Erscheinen lässt uns jeweils zusammensucken, begegnen möchten ihnen die meisten Menschen nicht. Das schlechte Image – welches übrigens wenig mit der Realität zu tun hat, wie Biologen in neueren Forschungsarbeiten aufzeigen – mag dafür mitverantwortlich sein, dass die Öffentlichkeit bisher wenig Kenntnis davon genommen hat, was in den letzten Jahrzehnten auf den Weltmeeren abläuft. Biologen schätzen, dass die Bestände zum Beispiel des Hammerhais (im Nordatlantik) oder des Weissspitzenhais (im Pazifik) innerhalb von zehn bis fünfzehn Jahren um nicht weniger als 90 Prozent gesunken sind! Schockierend ist darüber hinaus, wie der grösste Killer dieser Welt diese Tiere fängt: Er schneidet ihnen die Flossen ab und wirft den noch lebenden Körper zurück ins Meer (was nun in einigen Ländern verboten ist) und nimmt in Kauf, dass viele Haie als Beifang in riesigen Netzen elendiglich zugrunde gehen. Experten schätzen, dass heute bis zu 100 Millionen Haie pro Jahr getötet werden, und warnen vor einer ökologischen Katastrophe in den Meeren. Man weiss, dass die Flossen vieler

Haie in der als Delikatesse geltenden Haifischflossensuppe landen.

In einer Forschungsarbeit («Shark Hunting: International Trade and the Imminent Extinction of Heterogeneous Species») gehen Tobias Erhardt und ich den ökonomischen Gründen für die Abnahme der Haibestände nach. Unsere Analyse offizieller Fangdaten und deren Verlinkung mit Handelsdaten bestätigt, dass die Reduktion hauptsächlich auf den internationalen Haifischflossenshandel zurückzuführen ist. Die führenden Fangnationen sind dabei Indonesien, Spanien und Indien, gefolgt von mehreren weiteren Ländern. Der Konsum von Haifischflossen ist im Gegensatz zum Angebot auf wenige Länder konzentriert: Gemäss Handelsdaten werden 95 Prozent der gehandelten Haifischflossen nach Asien (primär in das schnell wachsende China) exportiert.

Experten schätzen, dass heute bis zu 100 Millionen Haie pro Jahr getötet werden, und warnen vor einer ökologischen Katastrophe in den Meeren.

Eine zentrale Erkenntnis aus unserer Forschung ist, dass langsam wachsende Haifischarten (zum Beispiel der Wal-, der Herings-, der Weisse und der Grosse Hammerhai) aufgrund der ökonomischen Zusammenhänge ein relativ hohes Risiko tragen, ausgerottet zu werden. Da weder Konsumenten noch Produzenten zwischen den verschiedenen Haifischflossen gross unterscheiden, werden langsam wachsende Haie weiter gefischt, auch wenn ihr Bestand extrem klein ist. Die Existenz von schneller wachsenden Arten verhindert, dass die Fischer die Jagd aufgeben. Oder anders gesagt: Solange es noch genügend Haiarten gibt, deren Flossen in der Haifischflossensuppe verwendet werden können, geht die Jagd weiter, und zwar auch auf die sich am Rande der Ausrottung bewegenden Haie. Da sich die Preise zwischen den Arten kaum unterscheiden, spüren Fischer auch keinen wirtschaftlichen Anreiz, die vor der Ausrottung stehenden Arten im letzten Moment doch noch zu schützen, um ihr Geschäft zu retten.

Was sollte getan werden? Erstens sollte man offensichtlich den Zugang zur Ressource stark beschränken in Form von Lizenzen oder durch eine Steuer pro erlegten Haifisch, damit der Markt überhaupt funktionieren kann. Was machen die Regierungen? Genau das Gegenteil: Sie subventionieren den Fischfang mit weltweit rund 30 Milliarden Dollar pro Jahr, was aus ökonomischer Sicht völlig unverständlich ist. Man muss also schon froh sein, dass zurzeit in der Welthandelsorganisation (WTO) über die Abschaffung der Fischereisubventionen diskutiert wird.

Zweitens müsste man den Konsum einschränken. So dürfte die von WildAid in China kürzlich durchgeführte Informationskampagne gegen Haifischflossensuppen einen gewissen positiven Effekt gehabt haben; zumindest sanken Importmenge und Preis der Haifischflossen in Hongkong im Jahre 2013, blieben dann aber konstant, wie unsere Daten zeigen. Zusätzlich zur Aufklärung wären somit auch Abgaben auf dem Konsum oder Verbote notwendig.

Drittens bleibt also noch die Beschränkung des internationalen Handels. Immerhin wurden in der Zwischenzeit acht von 500 Haifischarten in den sogenannten Appendix II von Cites (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora) aufgenommen: Ihr Handel ist zwar erlaubt, bedarf aber einer Exportlizenz. Ob dies ausreichen wird? Und wer stellt die Einhaltung der Bestimmungen sicher? Aufgrund der rapiden Dezimierung müsste man wohl den Handel von Haien sofort «kappen», um der Menschheit die notwendige Zeit zu geben, wirksame Mechanismen zu implementieren, damit sämtliche Arten dieser seit 400 Millionen Jahren auf unserem Planeten lebenden und in ihrer Bedeutung völlig unterschätzten Geschöpfe überleben können.

Rolf Weder ist Professor für Aussenwirtschaft und Europäische Integration an der Universität Basel.

Am Freitag, den 11. November 2016, 10–12 Uhr hält an der Universität Basel (HS 102 im Kollegienhaus) der Generalsekretär von Cites, John E. Scanlon, einen öffentlichen Kurzvortrag mit anschliessender Diskussion. Cites mit Sitz in Genf vereint 183 Mitgliedstaaten und unterstützt über die Kontrolle des internationalen Handels den Schutz von 5600 Tier- und 30000 Pflanzenarten, die in Appendix I, II und III aufgeführt sind.